

Grimm, Christian

Working Paper

Wirtschaftspolitische Positionen österreichischer Parteien
im historischen Verlauf. Die Ausgestaltung österreichischer
Parteiprogrammatiken hinsichtlich neoliberalen Gedankenguts

ICAE Working Paper Series, No. 51

Provided in Cooperation with:

Johannes Kepler University Linz, Institute for Comprehensive Analysis of the Economy (ICAE)

Suggested Citation: Grimm, Christian (2016) : Wirtschaftspolitische Positionen österreichischer Parteien im historischen Verlauf. Die Ausgestaltung österreichischer Parteiprogrammatiken hinsichtlich neoliberalen Gedankenguts, ICAE Working Paper Series, No. 51, Johannes Kepler University Linz, Institute for Comprehensive Analysis of the Economy (ICAE), Linz

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/171426>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftspolitische Positionen österreichischer Parteien im historischen Verlauf

*Die Ausgestaltung österreichischer Parteiprogrammatiken
hinsichtlich neoliberalen Gedankenguts*

Christian Grimm

Wirtschaftspolitische Positionen österreichischer Parteien im historischen Verlauf

Die Ausgestaltung österreichischer Parteiprogrammatiken hinsichtlich neoliberalen Gedankenguts

Christian Grimm^{*}

Abstract

Gegenstand dieses Artikels ist eine Analyse von Grundsatzprogrammen ausgewählter österreichischer Parteien vor dem Hintergrund einer historisch gewachsenen hegemonialen Vormachtstellung des Neoliberalismus. Ziel der Analyse ist es herauszufinden, inwieweit inhaltliche Veränderungen in den Programmatiken durch den „neoliberalen Turn“ in den späten 1970er Jahren begünstigt wurden. Die Feststellung der Orientierung an neoliberalen Begrifflichkeiten und Inhalten erfolgt durch eine vergleichende Längsschnittanalyse. Dabei wird das jeweils aktuelle mit einem früheren Programm, welches noch nicht in die neoliberale Epoche fällt, an Hand der vier Dimensionen „Marktbild, „Menschenbild“, „Wettbewerbs- und Wirtschaftspolitik“ und „wohlfahrtsstaatliches Engagement“ gegenübergestellt.

Keywords

Marktkliberale Prinzipien, Neoliberales Hegemonialprojekt, Österreichische Parteiprogrammatiken, wirtschaftspolitische Wirkungsmacht ökonomischer Theorien

^{*} Johannes Kepler Universität Linz, Forschungsinstitut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft, Altenbergerstraße 69, 4040 Linz, christian.grimm@jku.at

Wirtschaftspolitische Positionen österreichischer Parteien im historischen Verlauf

Die Ausgestaltung österreichischer Parteiprogrammatiken
hinsichtlich neoliberalen Gedankenguts

1 Einleitung und Aufbau der Arbeit

Parteipolitische Grundsatzprogramme werden in der Parteiforschung anders als Aktions- oder Wahlprogramme nicht als Anleitung für aktuelle politische Tagesthemen, sondern als abstrakte Leitlinienvorgabe charakterisiert, aus der das Selbstverständnis einer Partei erkennbar ist (Flohr 1968, Flechtheim 1973). Vorrang hat dabei die Herausarbeitung langlebiger politischer Forderungen, Grundwerte und Zielsetzungen zum Zweck der Konstituierung einer parteispezifischen Identität nach innen und außen. Im Rahmen dieser Ausarbeitungsprozesse nehmen parteiinterne Führungspersönlichkeiten, anders als bei tagespolitischen Entscheidungen, in der Regel nicht die alleinig bestimmende Rolle ein. Sondern entscheidender sind die erarbeiteten und aus den historischen Entwicklungen hervorgegangenen verfestigten, ideologischen Grundpositionen.

Dabei – und das ist der Ansatzpunkt dieses Beitrags – war es neben diverser politischer Ideologien auch ökonomischen Strömungen immer wieder möglich, ihr spezifisches Gedankengut als eine Art „common sense“ auf die politische Entscheidungsebene zu übertragen. So stehen z.B. nicht nur die Werke von Marx (1867)¹ und Keynes (1936) symbolisch für die Wirkungsmacht ökonomischer Theorien zur nachhaltigen Beeinflussung wirtschaftspolitischen Handelns, sondern auch die historisch gewachsene hegemoniale Vormachtstellung des Neoliberalismus beruht im Kern auf theoretischen Konzepten. Ausgangspunkt des Entwicklungsprozesses zur Etablierung der neoliberalen Strömung war das Gründungstreffen der Mont Pèlerin Society (MPS) Ostern 1947, bei dem das Ziel, den Neoliberalismus langfristig zur dominierenden Weltanschauung aufsteigen zu lassen, formuliert wurde (Vgl. Schmelzer 2010: 33). Das spürbare Aufkommen der neoliberalen Ideologie erfolgte in den angelsächsischen Industriestaaten schließlich in den späten 1970ern. In Österreich vollzog sich der „neoliberale Turn“ – wenn auch in abgeschwächter Form – dann Mitte der 1980er Jahre. Gegenwärtig kommt der neoliberalen Anschauung in wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Politiken und Diskursen eine gewichtige Position zu (Vgl. Kapeller/Huber 2009: 163).

Gegenstand des vorliegenden Beitrags ist eine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen programmatischen Positionen ausgewählter österreichischer Parteien, vor dem Hintergrund der – oben kurz angerissenen – entstandenen neoliberalen Dominanz. Ziel ist es herauszufinden, welchen Einfluss der „neoliberale Turn“ in der Wirtschaftspolitik auf die politischen Programme österreichischer Parteien auszuüben vermochte. Hierbei wird vor allem der Frage nachgegangen, welche neuen Vorstellungen und Standpunkte in diesem Zusammenhang Einzug in die Grundsatzprogrammatiken hielten und inwiefern sich daraus Unterscheidungen zu früheren Programmen identifizieren lassen. Zu diesem Zweck wird eine empirische Längsschnittanalyse zu zwei verschiedenen Zeitpunkten durchgeführt. Diese erfolgt an Hand von vier spezifischen Kategorien, mit denen die parteiprogrammatische Ausgestaltung hinsichtlich der Intensität ihrer Annäherung auf neoliberal besetzte Begrifflichkeiten und Inhalte untersucht wird.

¹ Neben der programmatischen Schrift des Manifests (1848) sind bei Marx' ökonomischen Publikationen der Rohentwurf zur Kritik der Politischen Ökonomie (1857/58), die Kritik der Politischen Ökonomie (1859) sowie dann hauptsächlich die drei Kapital-Bände (1867, 1885, 1894) zu erwähnen.

Zur Beantwortung der Aufgabenstellung sind folgende vier Arbeitsschritte vorgesehen. Zu Beginn erfolgt ein kurzer historischer Abriss über die Entwicklung des neoliberalen Hegemonialprojekts. Dabei werden auch die für die empirische Analyse notwendigen Leitgedanken des marktliberalen Gedankengebäudes herausgearbeitet (Kapitel 2). Gegenstand des nächsten Abschnitts ist eine Beschreibung des methodischen Zugangs, wobei diesbezüglich vor allem die Auswahl des Datenmaterials, die gewählte Herangehensweise sowie die Festlegung der Untersuchungsdimensionen thematisiert werden (Kapitel 3). Im Anschluss an die methodischen Überlegungen werden die Ergebnisse der empirischen Analyse in vier Teilbereichen vorgestellt (Kapitel 4). Der Beitrag schließt mit einer zusammenfassenden Darstellung der ermittelten programmatischen Standpunkte (Kapitel 5). Dabei wird ersichtlich, dass sich die Parteien im Zeitvergleich in unterschiedlicher Stärke an neoliberale Positionen angenähert haben, wobei insbesondere bei der SPÖ, aber auch bei der FPÖ ein diskontinuierlicher Verlauf festgestellt werden kann.

2 Wirkungsgeschichte und Leitgedanken des Neoliberalismus

Der Terminus „Neoliberalismus“ wird gegenwärtig in den (Sozial)Wissenschaften, der Politik und in der Gesellschaft kontrovers diskutiert. Kritiker verwenden den Begriff, welcher oftmals als Synonym für Marktradikalismus herangezogen wird, vorwiegend dafür, die fortschreitende Ökonomisierung vieler gesellschaftlicher Lebensbereiche sowie die Zunahme der globalen sozioökonomischen Ungleichheit zu beanstanden. Demgegenüber sehen die Anhänger im Konzept der selbstregulierenden Marktwirtschaft die alternativlos beste Systemvariante zur Entfesselung der Marktkräfte, welche für die Durchsetzung von wirtschaftlichen Zielgrößen wie Wachstums- und Produktivitätssteigerungen, aber auch für Umweltschutz und Armutsreduktion unabdingbar seien.

Auch in den Beiträgen des akademischen Forschungsdiskurses, die sich mit der Thematik des Neoliberalismus auseinandersetzen, lässt sich eine große Spannweite an Auffassungsunterschieden erkennen, die von einer teils fundamentalen Kritik (Saad-Filho/Johnston 2005, Butterwegge/Lösch/Ptak 2008, Ötsch 2009, Crouch 2013, Mirowski 2013) bis hin zu einer Befürwortung der marktliberalen Position reichen (Fukuyama 1992, Willke 2003, Heuser 2003). Ungeachtet dessen werden aufgrund der für weite Teile der Bevölkerung nachteiligen Folgen der Durchsetzung neoliberaler Konzepte sowie der mittlerweile harschen Kritik daran diese von den Befürwortern oft nicht explizit als neoliberal ausgewiesen.²

Der Ausdruck selbst hat im Laufe des 20. Jahrhunderts einen bemerkenswerten Bedeutungswandel erfahren. 1938 ursprünglich von Alexander Rüstow auf dem Colloquium Walter Lippmann als Selbstbezeichnung für eine neue Wirtschaftsform in Abgrenzung zum Laissez faire-Liberalismus eingeführt, wurde er ab den 1980er Jahren zunehmend im Zusammenhang mit kapitalismuskritischen Äußerungen in Verbindung gesetzt und stieg rund um die Jahrtausendwende zu einem höchst spannungsgeladenen Schlagwort, ja sogar zu einem politischen Kampfbegriff auf. Eine exakte Begriffsbestimmung ist daher wegen der historisch bedingten differenten Verwendungsweise erschwert.³ Auch seine spezielle Zusammensetzung lässt den Anspruch, zu einer genauen Definition gelangen zu wollen, wenig sinnvoll erscheinen. So sammeln sich im Gedankengebäude des Neoliberalismus eine Reihe theoretischer Strömungen, deren Ansichten und Konzepte mitunter voneinander abweichen können.

² Siehe hierzu explizit: Mirowski (2014).

³ Zu einem jüngeren Überblick dazu siehe: Young (2014).

Historisch betrachtet reichen die Wurzeln des „neuen Liberalismus“ bis in die 20er Jahre des letzten Jahrhunderts zurück, als es im Zuge der Weltwirtschaftskrise zu einer Diskreditierung liberaler Vorstellungen kam. Dieser Wandel wurde zudem durch die Verbreitung staatsinterventionistischer (USA, Großbritannien), kommunistischer/planwirtschaftlicher (UdSSR) und diktatorischer (Deutschland, Italien) Konzepte noch verstärkt.

Gleichwohl gab es eine kleine Anhängerschaft, die um die Erhaltung beziehungsweise Neuausrichtung liberaler Ideen bemüht war. Zu diesen zählten der österreichische Ökonom Ludwig Mises, dessen Werk *Gemeinwirtschaft* (1922) als „*Kampf gegen den Sozialismus*“ (Nordmann 2005: 74) bezeichnet werden kann, sowie sein „Schüler“ August Friedrich von Hayek, welche damit beide ausgesprochen antistaatlich ausgerichtet waren (Hartwich 2009), während die Vertreter der Freiburger Schule Walter Eucken und insbesondere Alexander Rüstow die zentrale Bedeutung einer staatlichen Ordnungspolitik in einem neu verstandenen Liberalismus hervorhoben (Rüstow 1932). Zu den Erstinitiatoren zählten ebenso der französische Philosoph und späterer Koordinator der ersten internationalen neoliberalen Tagung, Louis Rougier, wie auch der US-amerikanische Journalist und Namensgeber besagter Konferenz Walter Lippmann. Im Rahmen der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Wirkungsgeschichte kann die erste Phase vor 1945 auf Grund der allgemeinen Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien als „*Verteidigungs- und Konsolidierungsphase*“ (Plehwe/Walpen 1999: 20) bezeichnet werden, in der es vorrangig (z.B. auf dem Lippmann-Colloquium) um den Zusammenschluss „*zahlenmäßig unterlegener Truppen*“ (Nash 1976: 26) ging.

Mit der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzenden „*Golden Age-Phase*“ (van Treek et al. 2007: 637) des Kapitalismus, welche in den westlichen Industriestaaten durch das fordistische Produktionsmodell in Verbindung mit dem Konzept einer wirtschaftspolitisch gesteuerten Marktwirtschaft keynesianischer Prägung gekennzeichnet war, wurde auf dem Gründungstreffen der MPS parallel dazu die Bewegungsphase des Neoliberalismus eingeläutet (Vgl. Plehwe/Walpen 1999: 23f). Die treibende Kraft hinter dem Aufbau dieser neuen Organisation war August Friedrich von Hayek. Seine Elitentheorie zur gezielten Beeinflussung und Steuerung der gesellschaftlichen Meinung durch eine kleine Gruppe intellektueller Vordenker („original thinkers“), deren Konzepte mittels Ideenverbreiter („second hand dealers in ideas“) unter die Bevölkerung zu transferieren sind, entwickelte sich zu einem zentralen Bestandteil in der langfristigen strategischen Ausrichtung der MPS (Vgl. Hayek 1949: 222). Auf Basis dieser Überlegungen wurde in den darauffolgenden Jahrzehnten ein transnationales Netzwerk an neoliberalen Think Tanks – das die Aufgabe der institutionell organisierten Ideenverbreitung zu übernehmen hatte – errichtet, dem in weiterer Folge ein entscheidender Anteil bei der Etablierung markoliberaler Anschauungen zuzusprechen ist.⁴

Allerdings wird dem neoliberalen Hegemonialprojekt bis Ende der 1960er Jahre eine relativ geringe Bedeutung beigemessen. Erst eine Kette an Ereignissen begünstigte die allmähliche Herbeiführung des neoliberalen Transformationsprozesses in führenden westlichen Industrienationen. Verantwortlich für diesen Umschwung waren mit dem Außerkraftsetzen des Bretton Woods Systems zum einen institutionelle Faktoren, die eine Neuorientierung der internationalen Weltwirtschaftsordnung verlangten (Vgl. Hesse 2013: 192). Darüber hinaus wurde die in vielen Ländern auftretende Stagflation von Friedman und seinen Anhängern für einen erfolgreichen Angriff auf den keynesianischen Fiskalinterventionismus genutzt

⁴ So löste die auf Hayeks Initiative neu gegründete Chicago School of Economics nicht zuletzt auf Grund von Friedmans „monetaristischer Gegenrevolution“ den Keynesianismus in den 1970er Jahren als führende ökonomische Denkschule ab. Mit dem Institute of Economic Affairs (IEA), das an der Umorientierung der englischen Tory Party beteiligt war (Vgl. Cockett 1995: 158), und der Heritage Foundation, deren „Mandate for Leadership“-Dokument Reagans Angebotspolitik vorwegnahm (Vgl. Gellner 1995: 115), gelang es zudem, markliberales Gedankengut auf die wirtschaftspolitische Ebene zu übertragen.

(Friedman 1970). Neben der wirtschaftspolitischen Lage und dem internen Theoriediskurs wurde der „neoliberale Turn“ schließlich mit einer wirtschaftspolitischen Umwälzung – zunächst in Chile, dann in Großbritannien, den USA und in der BRD – vollzogen. Spätestens seit dem „Washington Consensus“, einem zehn Punkte umfassenden Maßnahmenkatalog über die Ziele und Methoden wirtschaftspolitischen Handelns (Williamson 1993) und dem Ende des Systemkonflikts in Folge der Auflösung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), wuchs der Neoliberalismus vollends zur sozioökonomisch führenden Ideologie heran (Vgl. Butterwegge/Lösch/Ptak 2008: 74).

Besagter Transformationsprozess setzte – in abgeschwächter Form – auch in Österreich ein. Doch während führende Industrienationen als Reaktion auf die – durch die Ölkrise ausgelöste – wirtschaftliche Rezession der 1970er Jahre ihren wirtschaftspolitischen Fokus auf ein ausgeglichenes Budget und die Geldwertstabilität legten, wurde in Österreich zu dieser Zeit unter Bundeskanzler Kreisky mit dem Austrokeynesianismus⁵ ein spezifischer Versuch einer aktiven staatlichen Wirtschaftsgestaltung initiiert (Vgl. Lacina 1993: 16f). Hierbei wurde mittels antizyklischer Budgetpolitik dem Erhalt der Vollbeschäftigung höchste Priorität beigemessen. Teils hohe Verluste der verstaatlichten Unternehmen, eine wachsende Staatsschuldenquote sowie das Ausscheiden Kreiskys aus der Innenpolitik führten Mitte der 80er Jahre jedoch zum Ersetzen des austrokeynesianischen Modells durch eine stärker angebotsausgerichtete Wirtschaftspolitik (Vgl. Seidel 1993: 146f).

Die Tatsache, dass es sich beim Neoliberalismus um ein Konglomerat heterogener Denkausprägungen handelt⁶, erschwert den Versuch einer theoretischen Fundierung. Nichts desto weniger fungierten im Zuge der neoliberalen Entwicklungsgeschichte gewisse wiederkehrende Charakteristiken als Bindeglied zwischen den einzelnen Varianten:

- (i) Ablehnung kollektivistischer Strömungen, wobei hierunter sowohl Kommunismus und Sozialismus als auch Keynesianismus und Wohlfahrtsstaat subsumiert werden (Vgl. Butterwegge/Ptak/Lösch 2008: 24f)
- (ii) Wettbewerbsmarkt als zentrale Koordinationsinstanz für ökonomische Aktivitäten (Vgl. Nordmann 2005: 315)
- (iii) Redefinition der Funktion des Staates im Sinne der Sicherung der marktwirtschaftlichen Funktionsfähigkeit⁷ (Vgl. Walpen 2000: 1067)
- (iv) Individualistisch geprägtes Menschenbild vom selbstverantwortlichen, primär am Eigennutzen interessierten Individuum⁸
- (v) Fokussierung auf angebotsorientierte Wettbewerbspolitik, die ökonomisches Wachstum durch eine Verbesserung der marktwirtschaftlichen Anreizmechanismen zu generieren versucht (Vgl. Clement et al. 2012: 568)

⁵ Der Begriff Austrokeynesianismus wurde im Nachhinein von dem österreichischen Ökonomen Hans Seidel als Bezeichnung für die wirtschaftspolitischen Maßnahmen Österreichs von der Mitte der 70er bis Mitte der 80er Jahre geprägt.

⁶ So sprechen Kapeller/Huber von einer starken inhaltlichen Parallele zwischen neoklassischer Theorie und neoliberaler Ideologie (Vgl. Kapeller/Huber 2009: 165f). Dieser Schnittpunkt ist hinsichtlich der positiv bewerteten Lenkungsfunction des Marktmechanismus zweifelsohne gegeben, doch reichen die Prinzipien des neoliberalen Gedankengebäudes über die neoklassische Theorie hinaus.

⁷ Das neoliberale Staatsverständnis ist ein Ambivalentes. Einerseits wird bei sozialstaatlichem Engagement ein „schwacher“ Staat gefordert, andererseits bedarf es bei der Durchsetzung der Marktgesellschaft eines „starken“ Staates. Folglich wird nicht die Zerschlagung der staatlichen Macht, sondern vielmehr eine Transformation vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat angestrebt.

⁸ Wirtschaftliche Aktivitäten werden gemäß dem methodologischen Individualismus ausschließlich von Einzelpersonen getätigt. Eigenständige Handlungen von Kollektiven werden negiert. Für Hayek ist die Gesellschaft „keine handelnde Person, sondern eine geordnete Struktur von Handlungen, die sich daraus ergibt, dass ihre Mitglieder gewisse abstrakte Regeln beachten“ (Hayek 1980: 131).

- (vi) Ablehnung wohlfahrtsstaatlicher Regulierungs- und Verteilungsmaßnahmen, die über die Sicherung des Existenzminimums hinausgehen⁹

Diese Auflistung neoliberaler Leitgedanken, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, wird in weiterer Folge für die nachstehende empirische Untersuchung herangezogen.

3 Methodische Konzeption

Zur empirischen Untersuchung der Fragestellung, ob und in welchem Ausmaß die im letzten Kapitel thematisierte neoliberale Hegemonie Einfluss auf die parteiprogrammatische Ausgestaltung ausüben konnte, wurde die Methode einer vergleichenden Längsschnittanalyse herangezogen. Dabei dienten ausgewählte österreichische Parteiprogrammatiken von ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grüne als Datengrundlage. Die Auswahlbasis bildet somit ein breites politisches Spektrum ab, innerhalb dessen christlich-konservative, sozialistische/sozialdemokratische, liberale und ökologische Wertehaltungen anzutreffen sind.

Ein aussagekräftiges Indiz im Sinne einer neoliberalen Deutungshoheit liegt vor, wenn die eigenen Begrifflichkeiten, Grundwerte und Zielsetzungen über alle Parteien und Ideologien hinweg verbreitet wurden. Eine auf diese Weise resultierende Angleichung der programmatischen Inhalte käme auch Hayeks Vorstellung von der Etablierung einer hegemonialen Vormachtstellung des Neoliberalismus sehr nahe, obgleich auf die – eingangs erwähnte – Primärfunktion von Grundsatzprogrammen als abstrakte Leitlinienvorgabe verwiesen werden muss.

Bei der Auswahl der einzelnen Grundsatzprogramme wurde darauf geachtet, dem vergleichenden Design Rechnung zu tragen, in dem das jeweils aktuelle mit einem früheren Programm, welches noch nicht in die vom Neoliberalismus gekennzeichnete Epoche fällt, gegenübergestellt wurde. Der angestrebte Zeitraum zwischen den ausgesuchten Programmen einer Partei soll, um den Einfluss gesellschaftspolitischer Veränderungen zu beschränken, nicht mehr als 35 Jahre betragen. **Error! Reference source not found.** listet die zu untersuchenden Programmatiken auf.

Fraktion	Programmatik aus der neoliberalen Epoche	Vergleichsprogrammatik
ÖVP	1995 ¹⁰	1972
SPÖ	1998	1978
FPÖ	2005 ¹¹	1973
Grüne	2001	1986

Tabelle 1 Gewählte Grundsatzprogramme für die empirische Analyse

(Quelle: Eigene Darstellung).

⁹ Hayek sieht in der zunehmenden Verteilungspolitik des Wohlfahrtsstaates eine Aushöhlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. „Das Soziale bezeichnet kein definierbares Ideal, sondern dient heute nur mehr dazu die Regeln der freien Gesellschaft, der wir unseren Wohlstand verdanken, ihres Inhalts zu berauben“ (Hayek 1979: 16).

¹⁰ Das im Mai 2015 ausgearbeitete Grundsatzprogramm der ÖVP konnte in dieser Analyse nicht mehr berücksichtigt werden.

¹¹ Da das aktuellste Programm aus 2011 eine stark gekürzte, aber inhaltlich nur minimal modifizierte Version von 2005 darstellt, wurde auf letztere umfangreichere Variante zurückgegriffen.

Der vergleichenden empirischen Textanalyse wird die Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2000) zu Grunde gelegt. Die Entwicklung der Untersuchungsdimensionen zwecks der Identifizierung einer potentiellen neoliberalen Einflussnahme in den Grundsatzprogrammen orientiert sich dabei maßgeblich an dem Verfahren der induktiven Kategorienbildung, für welche jedoch auf die im letzten Kapitel skizzierten sechs Leitgedanken als provisorische Kategorienvorschläge zurückgegriffen wurde. Insofern ist es passend, die hier gewählte Herangehensweise als quasi-induktiven Ansatz zu bezeichnen. Nach der anschließenden am Datenmaterial durchgeführten Kategorienrevision ergab sich folgende dimensionale Einteilung (**Error! Reference source not found.**).

Untersuchungsdimension	Kurzbeschreibung
Marktbild	Grundsätzliche Einstellung zur marktwirtschaftlichen Organisationsform samt daraus abgeleiteter Forderungen
Menschenbild	Verhältnis zwischen individualistischer und kommunitaristischer Philosophie über das menschliche Zusammenleben
Wettbewerbs- und Wirtschaftspolitik	Maßnahmen und Ziele wirtschaftspolitischer Aktivitäten sowie deren Verortung in der ökonomischen Theorie
Wohlfahrtsstaatliches Engagement	Ziele, Höhe und Art wohlfahrtsstaatlicher Leistungen zuzüglich Grundhaltung zur sozialstaatlichen Verteilungspolitik

Tabelle 2 Darstellung der Untersuchungsdimensionen (Quelle: Eigene Darstellung).

Auf die konkrete Entwicklung einer Skala mit unterschiedlichen Abstufungen wurde zu Gunsten einer reinen verbalen Gegenüberstellung verzichtet, da sich die Analyse der programmatischen Veränderungen auf numerischer Basis nicht nur im Hinblick auf die angesprochene inhaltliche Unschärfe, sondern auch ob der thematischen Komplexität als eine wenig geeignete Analyseform erweist.

4 Ergebnisdarstellung der empirischen Untersuchung

In diesem Kapitel werden die Resultate der Längsschnittanalyse von den ausgewählten Fraktionen ÖVP (4.1.), SPÖ (4.2.), FPÖ (4.3.) und Grüne (4.4.) vorgestellt.

4.1. Interpretation der Parteiprogramme der ÖVP

4.1.1. Das Marktbild der ÖVP

Die ÖVP vermittelt in beiden Grundsatzprogrammen ein rundum positives Bild von einem stabilen und effizienten marktwirtschaftlichen System, welches unter funktionierenden Wettbewerbsbedingungen ein Garant für individuelle Entfaltungsmöglichkeiten, Wachstum und Wohlstand, aber auch für soziale Sicherheit und Umweltschutz darstellt:

„Aufbauend auf den Grundsätzen des Salzburger Programms hat die ÖVP [...] das neue Ordnungsmodell der Ökosozialen Marktwirtschaft beschlossen, dass die Dynamik der Marktwirtschaft für den Ausbau des sozialen Netzes und für den Umweltschutz, damit für die Sicherung der Lebensgrundlagen mobilisiert“ (ÖVP 1972: 1).

„Die Ökosoziale Marktwirtschaft ist daher das von uns entwickelte ökonomische Ordnungsmodell für die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen der Zukunft“ (ÖVP 1995: 11).

Eine erfolgreiche ökonomische und außerökonomische Entwicklung beruht nach diesem Verständnis hauptsächlich auf der Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus. Der Markt ist im Bewusstsein der ÖVP der Hauptsteuerungsmechanismus für wirtschaftliche Aktivitäten. Marktversagen oder Systeminstabilitäten werden in den konservativen Programmatiken nicht thematisiert. Die angesprochenen Leistungen beruhen vielmehr auf der implizit vorhandenen Annahme der marktwirtschaftlichen Stabilität.

In beiden Programmen wird jedoch von der Notwendigkeit gewisser institutioneller Ordnungsbedingungen zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit gesprochen. Hierzu zählen neben dem Grundsatz des freien Wettbewerbs auch die Prinzipien der freien Unternehmens- und Konsumentenscheidungen (Vgl. ÖVP 1972: 21, Vgl. ÖVP 1995: 31). In der aktuellen Programmatik warnt die Partei zugleich vor überzogenen staatlichen Kontroll- und Regulierungsmaßnahmen, die den individuellen Leistungswillen lähmen und sich in weiter Folge auch negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken:

„Der Staat darf seine Bürgerinnen und Bürger nicht entmündigen, sondern muss Rahmenbedingungen und Leistungsanreize schaffen, die ihre freie Entfaltung begünstigen“ (ÖVP 1995: 26).

4.1.2. Das Menschenbild der ÖVP

Das primäre Ziel Selbstverwirklichung und persönliche Handlungsfreiheit gegenüber staatlicher Bevormundung auszuweiten stellt eine wesentliche Kontinuität im Menschenbild der ÖVP dar (Vgl. ÖVP 1972: 9, Vgl. ÖVP 1995: 19). Beide Programmatiken gehen zudem davon aus, dass durch entsprechende Leistungsanreize neben der individuellen Selbstverwirklichung auch eine Verbesserung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse zu erreichen ist:

„Die ÖVP will die Voraussetzung für die Selbstverwirklichung des Menschen dadurch verbessern, dass sie den persönlichen Leistungswillen und die Initiative herausfordert. Der Leistungswille ist die Grundlage menschlichen Fortschritts und die Voraussetzung für die Bewältigung neuer Gemeinschaftsaufgaben [...]“ (ÖVP 1972: 9).

„Die freie Entfaltung der Persönlichkeit in einem selbstbestimmten Leben und der Schutz der persönlichen Freiheit sind für uns vorrangige Ziele. Der Leistungswille jedes Menschen muss nach Kräften gefördert und darf nicht durch Bürokratisierung und Überreglementierung behindert werden“ (ÖVP 1995: 13).

Doch während in der Programmatik von 1972 der – durch Leistungserbringung entstehenden – Selbstverwirklichung gegenüber solidarischen Verpflichtungen eine stärkere Gewichtung zukommt, wird in jener von 1995 nicht nur die individuelle Verantwortung für die Gemeinschaft an mehreren Stellen ausdrücklich hervorgehoben, sondern nun auch vor den Gefahren einer zunehmenden Individualisierung gewarnt:

„Gegen die Zeittendenzen eines übersteigerten Egoismus und zunehmender Entsolidarisierung rufen wir die Bürgerinnen und Bürger unseres Lands zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft als Voraussetzung für jede lebendige Weiterentwicklung der Demokratie und der Gesellschaft auf. [...] Die Verfolgung ausschließlich egoistischer Interessen zerstört die Grundlage

demokratischer Selbstbestimmung und gefährdet das Gemeinwohl“ (ÖVP 1995: 13,16).

Diese – im sozialen Sinne – erweiterte Verantwortlichkeit des Individuums stellt einen gegenläufigen Trend zu den neoliberalen Postulaten von einem primär am Eigennutzen ausgerichteten Menschen dar.

4.1.3. Die Wettbewerbs- und Wirtschaftspolitik der ÖVP

Die zentrale ökonomische Zielgröße in den Programmen ist die Sicherung und Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Hierfür wird eine Variante der Wirtschaftspolitik befürwortet, die sich auf das Setzen von wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen beschränkt. Des Weiteren wird dem öffentlichen Sektor bei der betrieblichen Leistungserstellung eine begrenzte Befugnis zugesprochen:

„Aufgabe des Staates in einer modernen Wirtschaftspolitik ist die Erstellung langfristiger Konzepte, die Bereitstellung der notwendigen Daten, die Durchführung einer flexiblen Struktur-, Arbeitsmarkt-, Konjunktur-, Steuer-, und Investitionspolitik durch eine wirtschaftsnahe Gesetzgebung und effiziente Verwaltung“ (ÖVP 1972: 22).

Die Position von 1972 wird in der gegenwärtigen Schrift noch verstärkt. Neben der expliziten Forderung nach der Privatisierung von Staatsaufgaben (Vgl. ÖVP 1995: 26), wird die Notwendigkeit gesehen, den staatlichen Einflussbereich im Sinne eines liberalen Rechtsstaates auf die Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit, den Schutz der Grund-, Freiheits-, und Vertragsrechte und der Absicherung bei sozialen Notlagen zu reduzieren (Vgl. Ebd.: 10, 20,25). So heißt es diesbezüglich in der Programmatik:

„Der Staat selbst soll, von Ausnahmefällen abgesehen, nicht als Unternehmer auftreten und durch eine entsprechende Monopol- und Kartellgesetzgebung sowie durch Struktur fördernde Maßnahmen einen ausreichenden Wettbewerb dort sicherstellen, wo dieser gefährdet ist“ (ÖVP 1995: 31).

In der programmatischen Schrift von 1995 wird darüber hinaus die Pflicht nach einer Budgetkonsolidierung zum Ausdruck gebracht (Vgl. ÖVP 1995: 34). Eine dem Credo der Sparsamkeit verpflichtete Wirtschaftspolitik kann in weiterer Folge auch davon absehen, neue Steuern erheben zu müssen, wodurch unternehmerische Tätigkeiten nicht beeinträchtigt werden. Umfangreichere konjunkturpolitische Maßnahmen sind daher mit dem Verweis auf die negativen Folgen erhöhter Staatsschulden außerhalb des budgetpolitisch Vorstellbaren.

4.1.4. Das wohlfahrtsstaatliche Engagement der ÖVP

Auch hinsichtlich der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen gibt es zwischen den Programmen eine weitgehende Übereinstimmung. Anspruchsberechtigt sind in beiden Fällen jene Menschen, die von sich aus nicht oder nicht mehr in der Lage sind, am Leistungswettbewerb teilzunehmen und so für ihren Lebensunterhalt selbst zu sorgen. Das Sozialsystem ist in erster Linie dafür vorgesehen, den bedürftigen Personen eine Existenzsicherung zu gewähren (Vgl. ÖVP 1972: 10, Vgl. ÖVP 1995: 19,32,45). Die Partei vertritt überdies den Standpunkt, dass die Gewährleistung der sozialen Sicherheit nicht ausschließlich in den staatlichen Verantwortungsbereich fällt. Stattdessen kommt jedem Einzelnen die Pflicht zu, selbstständig für einen Teil der Sicherung der Lebensgrundlagen aufzukommen:

„Dem Einzelnen soll es ermöglicht werden, im Rahmen seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten auch selbst für vorhersehbare Risiken vorzusorgen. In der

Altersvorsorge sollen zusätzlich zur gesetzlichen Pensionsversicherung Formen persönlicher Sicherung gefördert werden“ (ÖVP 1972: 25).

„Solidarität darf nicht ausschließlich als staatliche Aufgabe missverstanden werden. Das soziale Engagement aller Bürgerinnen und Bürger in kleinen Gruppen und privaten Einrichtungen sowie in freiwilligen Gemeinschaften ist für das Gelingen des Gemeinwohls unverzichtbar. Zumutbare Eigenvorsorge muss daher das öffentliche Sozialsystem ergänzen“ (ÖVP 1995: 39).

Ein hauptsächlich auf die materielle Existenzsicherung ausgerichteter Wohlfahrtsstaat wird also um verschiedene qualitative Beiträge der privaten Vorsorgeleistungen ergänzt. Das bereits in der Programmatik von 1972 enthaltene Kostenbewusstsein wohlfahrtsstaatlicher Ausgaben (Vgl. ÖVP 1972: 25) wird in der neuen Schrift weiter verstärkt. Um eine langfristige Finanzierung sicherzustellen, wird die Möglichkeit miteinbezogen, eine Einschränkung des wohlfahrtsstaatlichen Engagements vorzunehmen:

„Die Neuordnung der Aufgabenteilung zwischen staatlicher und privater Sozialverantwortung gehört zu den großen Herausforderungen einer Sozialpolitik, die vor der drohenden Unfinanzierbarkeit immer teurer werdender Leistungen steht“ (ÖVP 1995: 45).

Der Primat der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit spiegelt sich in dem Umstand wieder, dass für die Volkspartei das Leistungsprinzip Vorrang vor verteilungspolitischen Maßnahmen zum Zweck des gesellschaftlichen Interessenausgleichs besitzt. Die Ungleichverteilung der Einkommen wird dadurch legitimiert, indem die persönliche Leistung als Maßstab für das Arbeitseinkommen herangezogen wird (Vgl. ÖVP 1972: 9, Vgl. ÖVP 1995: 18f).

4.2. Interpretation der Parteiprogramme der SPÖ

4.2.1. Das Marktbild der SPÖ

Das SPÖ-Parteiprogramm von 1978 besticht durch ein stark negativ ausgeprägtes Bild vom marktwirtschaftlichen System, dem grundsätzlich zwei Kritikpunkte entgegengebracht werden. Zum ersten wird negiert, dass das kapitalistische System den Menschen ein Höchstmaß an individueller Freiheit bringt. Im Gegenteil, die kapitalistischen Produktionsbedingungen wirken schädigend auf Mensch, Gesellschaft und Umwelt ein.

„Gesellschaftliche Bedürfnisse werden in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung übergangen, wenn deren Befriedigung keinen Gewinn verspricht. Es entstehen Produktionsbedingungen, die die natürliche Umwelt zerstören und die Menschen körperlich und seelisch schädigen. Auch heute [...] sind Gewinn und unkontrolliertes Wachstum, nicht aber die Erfüllung der Bedürfnisse der Menschen, Triebkraft der Wirtschaftsentwicklung“ (SPÖ 1978: 14).

Der zweite Kritikpunkt setzt am Effizienzgedanken des kapitalistischen Systems an. Dabei wird die Annahme der marktwirtschaftlichen Stabilität als bloße Fiktion bezeichnet. Vielmehr besitzt das System eine immanente Tendenz zur Krisenanfälligkeit. Auftretende wirtschaftliche Instabilitäten sind infolgedessen kein Resultat einer Staatskrise, sondern entstehen auf Grund von Marktversagen.

„Deshalb stellt sich den Sozialisten nach wie vor die historische Aufgabe, der konservativen Illusion von den Selbstheilungskräften der Marktwirtschaft eine klare Analyse der wirklichen Krisenursachen entgegenzustellen“ (SPÖ 1978: 42).

Demgegenüber offenbart das neue Parteiprogramm ein weitaus optimistischeres Marktbild. Eine wesentliche Eigenschaft des Marktes ist nun nicht mehr seine systemische Krisenanfälligkeit, die es zu überwinden gilt, sondern seine organisatorische Fähigkeit zur effizienten Leistungserstellung. Die marktwirtschaftliche Funktionsfähigkeit wird aus diesem Grund nun als Voraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand und individuelle Selbstverwirklichung angesehen:

„Märkte – ihre Dynamik und Innovationsfähigkeit – liefern innerhalb definierter Rahmenbedingungen und bei fairem Wettbewerb einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Wohlstands durch ihren Zwang zu effizienter und preiswerter Erbringung von Leistungen im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher. [...] Steigende Lebensqualität, soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung beruhen auf einer leistungsfähigen Volkswirtschaft“ (SPÖ 1998: 6,9).

Die Sozialdemokraten sehen die Grenzen marktwirtschaftlicher Mechanismen jedoch insbesondere bei verteilungspolitischen Fragestellungen erreicht, die über politische Entscheidungen zu regeln sind. Darüber hinaus ist es die Aufgabe des Staates, einen Ordnungsrahmen für wirtschaftliche Prozesse vorzugeben.

„Die Kräfte des Marktes allein sorgen jedoch nicht für eine gerechte Verteilung. Deshalb muss dem Markt ein Rahmen gegeben werden und dort koordinierend eingegriffen werden, wo sich die Kräfte des Marktes gegen Mensch und Umwelt richten“ (SPÖ 1998: 7).

4.2.2.Das Menschenbild der SPÖ

Im Menschenbild des 78er Programms findet sich eine starke Hervorhebung solidarischer Grundwerte. Nicht das autonom handelnde Individuum, das primär seinen eigenen Interessen nachgeht, sondern ein in die Gemeinschaft eingebettetes Lebewesen steht im Mittelpunkt des SPÖ-Menschenbildes. Persönliche Selbstverwirklichung ist daher nur im Rahmen eines funktionierenden Gesellschaftssystems realisierbar. Hierzu bedarf es einer aktiven Teilnahme aller Personen im Sinne einer sozialen Verantwortlichkeit. Hingegen würde eine individualistische Verhaltensorientierung zur Aushöhlung der solidarischen Wertegemeinschaft führen:

„Zwar verleiten die hierarchische Berufsverwirklichung und die individualistische Ideologie der Konsum- und Leistungsgesellschaft viele Menschen zu der Hoffnung, nur durch individuellen Aufstieg und individuelle Leistung ihre Situation verbessern zu können. [...] Wir Sozialisten wissen, dass nur eine Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Mitglieder einer Gesellschaft auch die Verbesserung der Lebensverhältnisse des einzelnen zu sichern vermag“ (SPÖ 1978: 44).

In der Schrift von 1998 wird an die Vorstellung der sozialen Verantwortlichkeit des Einzelnen für die Gemeinschaft angeknüpft. Nach wie vor ist es das Ziel, eine Gesellschaftsordnung zu errichten, die sich an solidarischen Prinzipien orientiert und zugleich die freie Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit garantiert. Im Unterschied zum Vorgängerprogramm wird jedoch das Abhängigkeitsverhältnis der persönlichen Lebensverhältnisse vom Wohle der Gemeinschaft aufgebrochen. Die gesellschaftlichen Bedingungen sind vielmehr so zu gestalten, dass der individuellen Selbstverwirklichung – etwa durch die Partizipation am Arbeitsmarkt – entsprochen werden kann (Vgl. SPÖ 1998: 6f).

4.2.3.Die Wettbewerbs- und Wirtschaftspolitik der SPÖ

Die Ambition in der Programmatik von 1978 ist eine Reformation des Wirtschaftssystems nach sozialistischen Grundlagen, wobei bei der Umsetzung dem gemeinwirtschaftlichen

Sektor in Gestalt der verstaatlichten Unternehmen und öffentlichen Versorgungsbetrieben die zentrale Rolle zukommt. Privatisierungen von staatlichen Betrieben werden indes abgelehnt (Vgl. SPÖ 1978: 58).

„Welchen Beitrag ein großer gemeinwirtschaftlicher Sektor, vor allem die Verstaatlichung der Grundindustrie und Großbanken, zur Erhaltung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und zur Sicherung der Vollbeschäftigung leisten kann, hat sich gerade in Österreich gezeigt“ (SPÖ 1978: 53).

Die effiziente Bereitstellung notwendiger Güter und Dienstleistungen soll dabei im Rahmen eines planenden Wirtschaftsprozesses nach demokratischen Grundlagen sichergestellt werden. Darüber hinaus ist durch eine überbetriebliche Planung darauf zu achten, dass die Orientierung der Produktion vor allem im Interesse der gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsvermehrung stattfindet (Vgl. SPÖ 1978: 53,57). Neben dem Bekenntnis zu einem starken öffentlichen Wirtschaftssektor räumen die Sozialisten dem Staat weitläufige wirtschaftspolitische Gestaltungskompetenzen ein. Eine solche Form der Wirtschaftspolitik bedient sich fiskalpolitischer Maßnahmen, die neben öffentlichen Investitionen zur Nachfragestützung, Steuersenkungen zur Ankurbelung der Kaufkraft unterer und mittlerer Einkommensschichten vor allem eine aktive Beschäftigungspolitik zur Sicherung der Vollbeschäftigung umfassen (Vgl. Ebd.: 55).

20 Jahre später versucht die SPÖ, einen Mittelweg zwischen Wirtschaftlichkeit und sozialer Gerechtigkeit zu finden. Zwar nimmt der öffentliche Sektor bei der Leistungserstellung weiterhin eine gewichtige Stellung ein (Vgl. SPÖ 1998: 8), doch werden Möglichkeiten der Privatisierungen von staatseigenen Kompetenzen nicht mehr a priori ausgeschlossen.

„Ob Leistungen gemein- oder privatwirtschaftlich erbracht werden, ist danach zu entscheiden, wer [...] die Anforderungen in Bezug auf Qualität, Effizienz und Wirtschaftlichkeit am besten erfüllt, wobei vor allem auch der gesamtgesellschaftliche Nutzen berücksichtigt werden muss“ (SPÖ 1998: 21).

Auch die wirtschaftspolitischen Gestaltungskompetenzen des Staates erhielten teilweise eine neue Ausrichtung. An Stelle einer interventionistischen Wirtschaftspolitik besteht die Vorgabe nun darin, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, die einerseits ein funktionsfähiges Wirtschaftssystem, andererseits aber auch eine gerechte Verteilung des Wohlstands garantieren (Vgl. SPÖ 1998: 9). Eine über die Zeit hinweg konstante Haltung, betreffend des Staatskorpus, ist es, für eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, für staatliche Investitionen in die Infrastruktur sowie für die Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus zu sorgen (Vgl. Ebd.: 9f). Insofern gehen die staatlichen Befugnisse über die reine Aufrechterhaltung der marktwirtschaftlichen Funktionsfähigkeit hinaus.

4.2.4. Das wohlfahrtsstaatliche Engagement der SPÖ

Ein starker wohlfahrtsstaatlicher Apparat wird im SPÖ-Parteiprogramm von 1978 als substantielle Voraussetzung für die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit angesehen. Der Sozialstaat hat demnach nicht nur die Sicherung des Existenzminimums zu gewährleisten, sondern darüber hinaus für eine stetige Verbesserung der Lebensverhältnisse und eine aktive Teilnahme aller am Gemeinschaftsleben einzutreten. Die hierfür notwendigen Vorsorgeleistungen müssen in erster Linie von staatlicher Seite getroffen werden:

„Nur ein umfassendes System der sozialen Sicherheit kann den arbeitenden Menschen hinreichende Vorsorge für die Wechselfälle des Lebens bieten. Die private Vorsorge kann dazu nur in einem geringen Ausmaß ergänzende Beiträge leisten“ (SPÖ 1978: 67).

Neben den umfassenden sozialstaatlichen Leistungen sieht die Partei ob der hohen Einkommensungleichheit auch das Erfordernis, verteilungspolitische Maßnahmen im Sinne des Leitmotivs der sozialen Gerechtigkeit zu ergreifen:

„Da die Verteilung der Einkommen wesentlich die Lebenschancen in der Gesellschaft bestimmt, muss die beträchtliche Ungleichheit in der personellen Einkommensverteilung verringert werden, denn die bestehenden übergroßen Einkommensunterschiede können nicht allein mit dem Leistungsprinzip gerechtfertigt werden“ (SPÖ 1978: 56).

Auch in der SPÖ- Programmatik von 1998 ist man nach wie vor von der Notwendigkeit umfangreicher sozialstaatlicher Leistungen überzeugt, auch wenn die im Vorgängerprogramm ausgegebene Zielvorstellung der gesellschaftlichen Partizipation aller nicht mehr explizit thematisiert wird. Stattdessen liegt das Hauptaugenmerk auf einem solidarischen Sicherungssystem, das in erster Linie dem Schutz der Bedürftigen dient. Im Unterschied zur Schrift von 1978 wird der individuellen Vorsorge bei der Sicherung der Lebensgrundlagen eine höhere Bedeutung beigemessen. So wird anlässlich des gestiegenen Kostenbewusstseins von den Bürgern gefordert, im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten eigenständige Initiativen zur privaten Vorsorge zu treffen (Vgl. SPÖ 1998: 12).

Die größte Diskrepanz hinsichtlich der wohlfahrtsstaatlichen Ausgestaltung betrifft den Umgang mit verteilungspolitischen Grundsätzen. Während im älteren Programm die aus dem Leistungsprinzip resultierende beträchtliche Einkommensungleichheit bewusst verringert werden sollte, wird in dem aktuellen Programm eben dieses Prinzip als Legitimation für begrenzte Einkommensunterschiede herangezogen, wenngleich die Ungleichverteilung nicht zu Lasten der solidarischen Gesellschaft gehen darf:

„In diesem Sinne akzeptieren wir Einkommensunterschiede, die durch besondere Leistung, Belastung oder Verantwortung begründet werden. Aber auch diese müssen dort ihre Grenzen finden, wo sie das Prinzip der gleichen Teilnahme an der Gesellschaft in Frage stellen“ (SPÖ 1998: 9).

4.3. Interpretation der Parteiprogramme der FPÖ

4.3.1. Das Marktbild der FPÖ

Die FPÖ bezeichnet sich in ihrem Programm von 1973 selbst als Befürworter des marktwirtschaftlichen Systems. In diesem Kontext versucht das Programm, die Vorzüge der sozialen Marktwirtschaft im Verhältnis zu kollektivistischen Wirtschaftsformen hervorzuheben. Freiheit und Eigenverantwortlichkeit werden dabei als wesentliche Bestandteile einer prosperierenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung angesehen. Im Gegensatz dazu sind planwirtschaftliche Konzepte nicht nur gegen die Freiheit an sich gerichtet, sondern bremsen auch die wirtschaftliche Entwicklung (Vgl. FPÖ 1973: 56).

„Wir Freiheitlichen stehen auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft. Ein genügend großer Spielraum des eigenverantwortlichen Unternehmers ist eine wichtige Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft, die von der gemeinsamen Arbeit aller getragen wird“ (FPÖ 1973: 24).

Trotz diesem Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, findet sich in der Programmatik die Überzeugung wieder, dass die Funktionsfähigkeit des Wirtschaftssystems aus sich selbst heraus nicht automatisch gegeben ist. Eine funktionierende marktwirtschaftliche Ordnung ist unter Umständen nur durch die staatliche Regulierung des Produktionsprozesses gesichert. Obwohl gewisse staatliche Steuerungsversuche als notwendig erachtet werden, wird

gleichzeitig vor der Errichtung kollektivistischer Systeme gewarnt, weswegen Eingriffe stets im Sinne des Marktes zu erfolgen haben (Vgl. FPÖ 1973: 25).

Auch in der Programmatik von 2005 offenbart sich ein positives Marktverständnis. Demzufolge lassen sich individuelle Leistungsbereitschaft und Innovationsbereitschaft am besten im marktwirtschaftlichen Wettbewerb fördern:

„Faire Marktwirtschaft sichert durch freien Wettbewerb in sozialer Verantwortung eine dynamische Wirtschaftsentwicklung. [...] Faire Marktwirtschaft fördert die Leistungsbereitschaft und weckt die schöpferischen Kräfte“ (FPÖ 2005: 18).

Obiges Zitat lässt sich als Ausdruck für die nun angenommene marktwirtschaftliche Selbststeuerung interpretieren, wonach die prosperierende Wirtschaftsentwicklung von einer funktionierenden Wettbewerbsordnung abhängig ist. Damit der Marktmechanismus für eine optimale Wirtschaftsleistung sorgen kann, benötigt es konzeptioneller Ordnungsbedingungen des Staates, die neben Deregulierungsmaßnahmen, Gesetzen zur Verhinderung von monopolistischen Strukturen, vor allem auf eine Reduzierung des Einflusses politischer Parteien, Verbände und anderer Interessensgruppen abzielen (Vgl. FPÖ 2005: 19f).

4.3.2. Das Menschenbild der FPÖ

Die FPÖ spricht in ihrem Grundsatzprogramm von 1973 der Freiheit den höchsten Stellenwert für die individuelle Selbstverwirklichung zu (Vgl. FPÖ 1973: 55). Folglich muss die persönliche Entwicklung möglichst unabhängig von den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen gesehen werden, da jedem Menschen von Natur aus die Freiheit zukommt, eigenständige Entscheidungen zu treffen und seine Entwicklung selbst zu bestimmen. Demgegenüber – so die Kritik – würden sozialistische Theorien angesichts ihres materialistischen Gesellschaftsverständnisses einen unfreien Menschen postulieren:

„Die linken Utopisten betrachten den Menschen als Produkt seiner Umwelt und der Produktionsverhältnisse. Damit verneinen sie die Freiheit des Menschen, denn der Mensch als Produkt der Verhältnisse hätte keine Freiheit“ (FPÖ 1973: 6).

Um den Zustand einer ungestörten Selbstverwirklichung zu realisieren, ist die Abwendung von existierenden staatlichen oder gesellschaftlichen Zwängen unabdinglich. Anstatt dessen müssen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so konzipiert werden, dass sie den Individuen einen Anreiz zur Höherentwicklung bieten (Vgl. FPÖ 1973: 9,12,50,55).

„Die Erhaltung und Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit muss sowohl gegenüber dem Anpassungsdruck eines übermächtigen Staates als auch einer übermächtigen Gesellschaft und ihrer Institutionen gesichert bleiben“ (FPÖ 1973: 49).

Das augenscheinlich stark ausgeprägte individualistische Menschenbild der Partei findet einzig bei der Familie, welche die einzig akzeptierte gemeinschaftliche Größe darstellt, ihre Grenze (Vgl. FPÖ 1973: 14).

Freiheit und Selbstbestimmung sind auch in der Programmatik von 2005 die zentralen Kernforderungen der FPÖ. Der Zustand einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung steht im diametralen Verhältnis zu staatlichen Zwangsverordnungen. Der Freiheitsbegriff wird wie schon zuvor – durch die Abwesenheit von Zwang – primär negativ definiert:

„Freiheit ist des Menschen höchstes Gut. Freiheit bedeutet ein Höchstmaß an verantwortlicher Selbstbestimmung. Sie schließt jede Unterdrückung [...] insbesondere jede Form staatlicher Willkür aus“ (FPÖ 2005: 1).

Im Unterschied zur programmatischen Schrift von 1973 findet in der neueren Fassung – trotz der Beibehaltung des individualistischen Grundcharakters – die Eingebundenheit des Einzelnen in die gesamte Gesellschaft eine stärkere Betonung (Vgl. FPÖ 2005: 1).

4.3.3. Die Wettbewerbs- und Wirtschaftspolitik der FPÖ

Das wirtschaftspolitische Hauptaugenmerk in dem FPÖ-Programm von 1973 liegt neben der Aufrechterhaltung des marktwirtschaftlichen Systems auch in der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Dabei vertritt die Partei den Standpunkt einer prinzipiellen Gleichberechtigung zwischen öffentlich und privatwirtschaftlich geführten Bereichen:

„Der Grundsatz der Gleichstellung zwischen verstaatlichten und privaten Unternehmen muss sich auch auf die Wahl der Erzeugerprogramme und der Finanzierungsmethode erstrecken. Damit sie in ihren Entwicklungsmöglichkeiten nicht nachhaltig behindert werden, darf den verstaatlichten Unternehmen weder die Aufnahme von Finalproduktionen noch die Ausgabe von Aktien verwehrt werden“ (FPÖ 1973: 29).

Der öffentliche Sektor besitzt jedoch nicht nur in Bezug auf die Leistungserstellung eine zentrale Bedeutung. Die FPÖ sieht darüber hinaus zur Erfüllung gemeinschaftlicher Aufgaben die Möglichkeit eines planenden Eingriffs des Staates in den gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftsprozess (Vgl. FPÖ 1973: 51f), obgleich Verstaatlichungen als bevorzugtes wirtschaftspolitisches Prinzip abgelehnt werden (Vgl. Ebd.: 29). Die Gestaltungskompetenzen des Staates gehen aber jedenfalls über das Setzen von rechtlichen Rahmenbedingungen hinaus, wenn dies zur Sicherung der marktwirtschaftlichen Stabilität notwendig erscheint.

Rund 30 Jahre danach haben sich die Ansichten der Partei evident in Richtung eines staatskritischen Denkens verschoben. Nicht die Gleichstellung zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen, verbunden mit dem Bedarf an lenkenden Eingriffen des Staates zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftssystems, sondern die Reduzierung auf einen möglichst schlanken Staatskorporus steht im Mittelpunkt der freiheitlichen Wirtschaftspolitik:

„Der Staat sollte sich jeder erwerbswirtschaftlichen und unternehmerischen Betätigung enthalten müssen, die derzeit lediglich zur Verzerrung der Wettbewerbsverhältnisse auf dem Markt zu Lasten der privaten Mitbewerber [...] führt“ (FPÖ 2005: 13).

Mit Hilfe eines Staatsaufgabenkatalogs soll die Umwandlung des bürokratischen Wohlfahrtsstaates in einen liberalen Rechtsstaat erfolgen. Zu dessen Aufgaben zählen die Wahrung der Sicherheit nach innen und außen, die Durchsetzung einer funktionierenden Gesetzgebung sowie die Sicherstellung der Grundversorgung (Vgl. FPÖ 2005: 12).

Mit diesem veränderten Staatsverständnis verbunden ist auch eine neue strategische Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, die auf angebotsorientierte Maßnahmen zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit zurückgreift. Wesentliche Elemente dieser Strategie sind umfassende Deregulierungs- und Privatisierungsbestrebungen des Wirtschaftslebens. Letzterer Punkt schließt neben der Bekämpfung von privilegierten Gruppen und Monopolen auch die Entpolitisierung des Wirtschaftssektors mit ein. Darüber hinaus sieht die Partei in der Subventionsreduktion und im Abbau staatlicher Bürokratie die Möglichkeit, finanzielle Überschüsse zu generieren, welche eine Senkung der unternehmerischen Abgabenquote – zwecks Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit – ermöglicht (Vgl. FPÖ 2005: 18ff).

4.3.4. Das wohlfahrtsstaatliche Engagement der FPÖ

Der wohlfahrtsstaatliche Anspruch der FPÖ ist es, allen Menschen, die nicht mehr befähigt sind, für ihren Lebensunterhalt aufzukommen, einen Mindestlebensstandard zu garantieren, der ihnen eine selbstbestimmte Lebensgestaltung ermöglicht. Die Individuen haben neben dem Recht auf staatliche Sozialleistungen jedoch auch die Verantwortung, eigenständige Vorsorgeleistungen zu treffen. Diesbezüglich spricht sich die Partei gegen solche wohlfahrtsstaatlichen Systeme aus, in denen einzig der Staat für die soziale Absicherung aufzukommen hat:

„Nur wenn eine allgemeine Bereitschaft zur Selbsthilfe vorhanden ist, kann die Gemeinschaft, kann der Staat konzentriert und somit wirksam denen helfen, die Hilfe nötig haben. [...] Ein Volk, in welchem sich der Bürger darauf verlässt, von Staats wegen aufgepäppelt und ein Leben lang versorgt zu werden, ist unserer Überzeugung nach in seiner Lebenskraft ernstlich gefährdet“ (FPÖ 1973: 57).

Politische Eingriffe zur Verteilung des gesellschaftlichen Vermögens werden strikt abgelehnt. Im Gegenteil, eine gerechte Form der Einkommensverteilung spiegelt möglichst genau die persönliche Leistung wieder. Daher ist mit dem Verweis auf die Steigerung der individuellen Leistungsbereitschaft an Stelle einer immer stärkeren Gleichverteilung von Einkommen gerade eine Einkommensdifferenzierung wünschenswert (Vgl. FPÖ 1973: 25).

In der Schrift von 2005 wird die Idee der finanziellen Grundversorgung durch eine Art der Sozialpolitik ersetzt, die die bloße Verhinderung existenzieller Notlagen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt. Entsprechend dieser Ausrichtung wird im Programm das Postulat einer kostensparenden und effizienten Sozialpolitik hervorgehoben, das laufend auf seine Treffsicherheit überprüft werden muss (Vgl. FPÖ 2005: 21). Sozialstaatliche Leistungen besitzen daher einen im Vergleich zur privaten Vorsorge nachrangigen Charakter:

„Daher sollten nach Möglichkeit Probleme der Daseinsbewältigung durch den Betroffenen selbst und durch kleine soziale Einheiten autonom gelöst werden. [...] Der Staat als letztverantwortliche Organisationsform der Risikogemeinschaft soll hierbei lediglich eine Grundversorgung gewährleisten, die die eigenverantwortliche Vorsorge ergänzt und vervollständigt“ (FPÖ 2005: 22).

Eine Übereinstimmung findet sich hinsichtlich der Beurteilung verteilungspolitischer Eingriffe des Staates, die als aufoktrozierte Zwangsmaßnahme nicht nur eine Begrenzung der individuellen Freiheit zur Folge hätten, sondern auch negative Auswirkungen auf die individuelle Leistungsbereitschaft nach sich ziehen würden (Vgl. FPÖ 2005: 1,12,18).

4.4. Interpretation der Parteiprogramme der Grünen

4.4.1. Das Marktbild der Grünen

Die Grünen zeichnen in ihrem Leitlinienprogramm von 1986 ein negatives Bild von der kapitalistischen Marktwirtschaft, die angesichts ihrer Profitorientierung für die Zerstörung der Umwelt und die Ausbeutung der Menschen verantwortlich gemacht wird. Angesichts dessen strebt die Partei eine Neuausrichtung des gesamten Wirtschaftssystems an.

„Dieses Wirtschaftssystem ist menschenfeindlich. Kurzfristig müssen wir seine schlimmsten Folgen mindern. Langfristig müssen wir es umbauen“ (Grüne 1986: 6).

Für die Überwindung der Krisensituation ist eine Abkehr von marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen nötig. Es ist stattdessen die planende Aufgabe der staatlichen Institutionen einen ökologischen Umbau des Wirtschaftssystems vorzunehmen (Vgl. Grüne

1986: 7). Hieraus wird zugleich die Einstellung zur grundsätzlichen Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft sichtbar, die von der Partei ob der offensichtlichen ökologischen Ineffizienz massiv in Frage gestellt wird.

Im Verhältnis dazu offenbart das Grüne Marktverständnis von 2001 eine differenzierte Sichtweise, da sowohl die Stärken als auch die Schwächen des kapitalistischen Modells thematisiert werden. So wurde einerseits aus dem Vorgängerprogramm die Sichtweise von der Ausbeutung der natürlichen und menschlichen Ressourcen übernommen. Zudem tendiere der Marktmechanismus auf jene Bereiche überzugreifen, die bis dato noch nicht dem ökonomischen Kalkül unterworfen sind (Vgl. Grüne 2001: 18). Andererseits führte das kapitalistische Modell vor allem in Staaten mit entwickelten Demokratien zu wirtschaftlichem Wachstum und Wohlstand, so dass die Partei das System als Ganzes akzeptiert:

„Die Grünen erkennen an, dass der Markt das effizienteste bisher bekannteste Steuerungsinstrument für wirtschaftliche Aktivitäten ist“ (Grüne 2001: 18).

Gleichwohl wird der Vorstellung von marktwirtschaftlicher Selbstregulierung eine klare Absage erteilt. Staatliche Eingriffe sind dort notwendig, wo das freie Spiel der Marktkräfte zu gesellschaftlich oder ökologisch unerwünschten Ergebnissen führt (Vgl. Grüne 2001: 20).

4.4.2. Das Menschenbild der Grünen

Die Grünen betrachteten den Menschen in ihrer frühen Programmatik in einem systemischen Zusammenhang. Ausgehend von dem unveräußerlichen Recht, sein Leben eigenständig und ohne fremde Herrschaft frei gestalten zu können, ist der Mensch nicht nur im sozialen, sondern vor allem im ökologischen Sinne in ein übergeordnetes System eingebettet. Für die persönliche Selbstverwirklichung ist demzufolge weniger die Verfolgung individueller Interessen entscheidend. Von größerer Bedeutung ist ein solidarischer und verantwortlicher Umgang mit den Mitmenschen und der Umwelt (Vgl. Grüne 1986: 10).

Der Fortbestand der menschlichen Spezies wird von den Grünen als gefährdet eingestuft, weil sie durch Umweltverschmutzung und der Ausbeutung von Rohstoffen das Ökosystem zerstören. Da sie gleichzeitig in dieses ökologische System eingebettet sind, vernichten sie damit ihren eigenen Lebensraum (Vgl. Ebd.: 2).

15 Jahre später hat sich das Menschenbild der Partei nur geringfügig verändert. Nach wie vor wird von der Prämisse der ökologischen und gesellschaftlichen Einbettung des Individuums ausgegangen. Neben der Bedeutung einer intakten Umwelt für das menschliche Dasein wird in der aktuellen Programmatik nun stärker auf die Verbundenheit in das soziale System Bezug genommen. Hierbei stützt sich die Partei auf zwei zentrale Werte: Dem Recht auf Selbstbestimmung ist die Pflicht zu solidarischem Handeln zur Seite gestellt. Dabei muss die Verwirklichung der individuellen Autonomie davon abhängig gemacht werden, inwieweit es einer Gesellschaft gelingt, soziale Rahmenbedingungen und einen ökologischen Ausgleich der Ressourcen umzusetzen:

„Selbstbestimmung und Solidarität stehen potentiell in einem Spannungsverhältnis, solange nicht berücksichtigt wird, dass erst eine solidarische Verteilung der Ressourcen allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht“ (Grüne 2001: 7).

4.4.3. Die Wettbewerbs- und Wirtschaftspolitik der Grünen

Die Grünen streben in ihrem Kurzprogramm von 1986 die Errichtung eines ökologischen Wirtschaftssystems als Gegenentwurf zu marktliberalen Privatisierungskonzepten an. Den Ausgangspunkt dieser Reformmaßnahmen bilden die verstaatlichten Unternehmen:

„Mit dem Kernbereich Verstaatlichte könnte Österreich den ökologischen und sozialen Umbau der Wirtschaft beginnen“ (Grüne 1986: 7).

Dem Staat obliegen für diesen Umbau umfassende Eingriffsrechte in den Wirtschaftsprozess. Hierunter fallen Maßnahmenpakete, die auf eine dauerhafte Emissionsreduzierung abzielen, wie das Herabsetzen von Grenzwerten für den Schadstoffausstoß in der industriellen Produktion und bei Personenkraftwagen. Daneben sollen durch eine ökologische Steuerpolitik Abgaben auf Ressourcen, Energie und Emissionen direkt beim Verursacher eingehoben werden, so dass die Zerstörung der Umwelt für Unternehmen wirtschaftlich unrentabel gemacht wird (Vgl. Grüne 1986: 3,8).

Neben den staatlich auferlegten Programmen zum Umweltschutz befürworteten die Grünen dort eine Reform auf dem Arbeitsmarktssektor. Staatliche Beschäftigungsprogramme sollten eine möglichst hohe Zahl an Erwerbstätigen garantieren. Darüber hinaus forderte die Partei eine Anhebung der gesetzlichen Mindestlöhne sowie eine gleichmäßigere Verteilung der Erwerbseinkommen (Vgl. Ebd.: 7).

Die ausschließliche Fokussierung auf die Errichtung eines umweltverträglichen Wirtschaftssystems weicht in der Programmatik von 2001 einer differenzierteren Zielvorgabe, die als Kompromiss zwischen der Notwendigkeit ökonomischer Funktionalität und dem Einbezug ökologischer und gesellschaftlicher Überlegungen zu verstehen ist. Die Grünen sehen es als zentrale Aufgabe des Staates, für die Bereitstellung und Verteilung von öffentlichen Gütern oder Dienstleistungen zu sorgen (Vgl. Grüne 2001: 18). Ein wesentlicher Bruch mit dem Kurzprogramm ist der nun vertretene Standpunkt eines differenzierten Umgangs mit Privatisierungen, die nicht mehr per se abzulehnen, sondern hinsichtlich gemeinnütziger aber auch wirtschaftlicher Kriterien zu überprüfen sind:

„Privatisierungen sind genauso wenig ein Allheilmittel wie ein striktes Festhalten am staatlichen Eigentum. [...] Wir fordern im Sinne der Nachhaltigkeit vor jeder Privatisierung eine Prüfung der langfristigen, volkswirtschaftlichen, betriebswirtschaftlichen, sozial- und gesellschaftspolitischen Auswirkungen“ (Grüne 2001: 21).

Die ambivalente Haltung zwischen wirtschaftlicher Effizienz und ökologischer Verträglichkeit zeigt sich auch bei der Wahl wirtschaftspolitischer Instrumentarien. Staatliche Rahmenbedingungen und Regulierungsmaßnahmen sind im Hinblick auf eine nachhaltige und soziale Wirtschaftsordnung unter Einbezug gesamtgesellschaftlicher Überlegungen einzurichten. Obgleich die Grünen den Markt als Steuerungsmittel für wirtschaftliche Aktivitäten anerkennen, benötigt es für ein soziales und ökologisches Wirtschaften daher einen Primat des Staates über die Ökonomie (Vgl. Grüne 2001: 11):

„Es ist eine zentrale politische Aufgabe, der Marktwirtschaft dort ihre Grenzen zu setzen, wo sie aus ihrer inneren Logik Nachteile für die Allgemeinheit produziert. Die Wahrung von ökologischen und sozialen Interessen als dem Wirtschaften übergeordnete Zielsetzungen [...] erfordert in diesen Bereichen staatliche Zielvorgaben, Steuerungen und Regulierungen“ (Grüne 2001: 21).

4.4.4. Das wohlfahrtsstaatliche Engagement der Grünen

Als Gegenentwurf zum Trend des rückläufigen Wohlfahrtsstaates stellen die Grünen ihr Konzept einer umfassenden sozialen Sicherheit, das neben einer finanziellen Grundsicherung auch nicht monetäre Leistungen in Form von Pflege- und Betreuungseinrichtungen sowie einer staatlich bereitgestellten Infrastruktur vorsieht. Die Geldbezüge sollen dabei kurzfristig vor allem den Notleidenden helfen, langfristig gesehen jedoch allen Staatsbürgern als eine Art bedingungsloses Grundeinkommen zur Verfügung stehen (Vgl. Grüne 1986: 6).

Das Argument der leistungsgerechten Entlohnung ist für die Partei keine Option, den Umstand der ungleichen Vermögensverteilung zu legitimieren. In diesem Sinne hat der Staat für eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Vermögens einzutreten:

„Wenn Manager, Primärärzte und Spitzenpolitiker jährliche Einkommen erzielen, die für die meisten Menschen nicht einmal im Laufe ihres ganzen Lebens zu erzielen sind, dann reden jene, die diesen Zustand als untragbar bezeichnen, gewiss nicht der Gleichmacherei das Wort“ (Grüne 1986: 7).

Die – mit der Entkoppelung der Existenzsicherung vom Erwerbsverhältnis verbundene – umfassende wohlfahrtsstaatliche Absicherung zum Zwecke eines sozial abgesicherten Lebensstandards findet sich auch in der aktuellen Programmatik von 2001 wieder (Vgl. Grüne 2001: 30). Dabei bilden monetäre Grundsicherung und sozialstaatliche Rahmenbedingungen wiederum die beiden Säulen des sozialen Sicherungssystems:

„Das soziale Netz besteht daher einerseits in finanziellen Leistungen, andererseits aber auch in staatlichen Rahmenbedingungen, von deren Nutzung niemand ausgeschlossen werden darf“ (Grüne 2001: 48f).

Die Herstellung des sozialen Ausgleichs ist nach wie vor die vorrangige Aufgabe des Staates. Privatisierungsbestrebungen von Sozialversicherungsanstalten werden ebenso wie private Vorsorgeleistungen abgelehnt (Vgl. Grüne: 49). Zur Realisierung sozialer Gerechtigkeit bedarf es darüber hinaus verteilungspolitischer Mechanismen, deren Schwerpunkte in den Bereichen der Einkommensverteilung zwischen Löhnen und Profiten sowie zwischen Frauen und Männern zu setzen sind (Vgl. Ebd.: 36).

5.Schlussfolgerungen und Diskussion

Ausgehend von den Ergebnissen der empirischen Analyse kann eine parteiübergreifende Annäherung an neoliberale Positionen konstatiert werden, obgleich die Intensität der Annäherung zwischen den einzelnen Fraktionen mitunter stark variiert. Nachstehende Tabelle (**Error! Reference source not found.**) bietet eine Zusammenschau über die zentralen Positionen der Parteien.

Untersuchungs- dimension	Parteien und Programme	
	1972	1995
Marktbild ÖVP		
Eigenschaften des Marktes	Marktkräfte fördern bei freiem Wettbewerb Wachstum, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit	Marktkräfte fördern bei freiem Wettbewerb Wachstum, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit
Marktbild SPÖ	1978	1998
Eigenschaften des Marktes	Marktwirtschaft ist krisenanfällig und schädigt Mensch und Umwelt	Marktkräfte sorgen bei freiem Wettbewerb für Wohlstand aber nicht für Verteilungsgerechtigkeit
Marktbild FPÖ	1973	2005
Eigenschaften des Marktes	Marktkräfte fördern mit Hilfe staatlicher Gestaltung Wachstum, Freiheit und Eigenverantwortung	Marktkräfte fördern bei freiem Wettbewerb Leistungsbereitschaft, Wachstum und Wohlstand
Marktbild Grüne	1986	2001
Eigenschaften des Marktes	Marktkräfte zerstören Umwelt und beuten Menschen aus	Marktkräfte führen zur Ressourcen- ausbeutung aber auch zu Wachstum und Wohlstand

Menschenbild ÖVP	1972	1995
Aspekte der Selbstverwirklichung	Handlungsfreiheit, Leistungserbringung	Handlungsfreiheit, Leistungserbringung, Gemeinorientierung
Beziehung Mensch – Außenwelt	Starke Eigenverantwortlichkeit	Gegenüber sich selbst und Gemeinschaft verantwortlich
Menschenbild SPÖ	1978	1998
Aspekte der Selbstverwirklichung	Gemeinorientierung, starke soziale Verantwortlichkeit	Gemeinorientierung, Leistungserbringung
Beziehung Mensch – Außenwelt	Gesellschaftliche Verhältnisse bestimmen individuelles Wohl	Gegenüber sich selbst und Gemeinschaft verantwortlich
Menschenbild FPÖ	1973	2005
Aspekte der Selbstverwirklichung	Handlungsfreiheit, Abwesenheit von Zwang	Handlungsfreiheit, Abwesenheit von Zwang, Gemeinorientierung
Beziehung Mensch – Außenwelt	Gegenüber sich selbst und Familie verantwortlich	Gegenüber sich selbst, der Familie und der Gemeinschaft verantwortlich
Menschenbild Grüne	1986	2001
Aspekte der Selbstverwirklichung	Starke Gemeinorientierung, ökologische Orientierung	Solidarität
Beziehung Mensch – Außenwelt	Einbettung in ökologisches und soziales System	Einbettung in ökologisches und soziales System

WP ÖVP	1972	1995
Zielsetzung	Stärkung Wettbewerbsfähigkeit	Stärkung Wettbewerbsfähigkeit
Maßnahmen	Wettbewerbssicherung durch staatliche Ordnungsbedingungen	Wettbewerbssicherung durch staatliche Ordnungsbedingungen, Rückbau des Staates
Verortung in Ökonomie	ordoliberal	ordoliberal
WP SPÖ	1978	1998
Zielsetzung	Reformation des Wirtschaftssystems	Systemerhaltung, Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit
Maßnahmen	Staatliche Planung des Produktionsprozesses, umfassende antizyklische Fiskalpolitik	Rahmenbedingungen zur Systemerhaltung, Wohlstandsverteilung und Beschäftigungssicherung
Verortung in Ökonomie	keynesianisch, marxistisch	ordoliberal, keynesianisch
WP FPÖ	1973	2005
Zielsetzung	Systemerhaltung, Stärkung Wettbewerbsfähigkeit	Stärkung Wettbewerbsfähigkeit, Reduktion staatlichen Einflusses
Maßnahmen	Planende Eingriffe des Staates zur Systemerhaltung	Wettbewerbssicherung durch staatliche Ordnungsbedingungen, Angebotsorientierte WP
Verortung in Ökonomie	keynesianisch, ordoliberal	ordoliberal, monetaristisch
WP Grüne	1986	2001
Zielsetzung	Ökologisches Wirtschaftssystem	Wirtschaftliche Effizienz und ökologische Verträglichkeit
Maßnahmen	Ökologisches Steuersystem zur Emissionsreduzierung, Fiskalpolitik	Rahmenbedingungen im Sinne von Mensch und Umwelt

Verortung in Ökonomie	Ökologische Ökonomie	Ökologische Ökonomie, ordoliberal
-----------------------	----------------------	-----------------------------------

WFST ÖVP	1972	1995
Sozialsystem	Staatliche Mindestsicherung ergänzt durch private Vorsorge	Staatliche Mindestsicherung ergänzt durch verstärkte private Vorsorge
Verteilungsgerechtigkeit	Persönliche Leistung für Einkommen maßgeblich	Persönliche Leistung für Einkommen maßgeblich
WFST SPÖ	1978	1998
Sozialsystem	Umfassende staatliches Sicherung	Staatliche Sicherung ergänzt durch private Vorsorge
Verteilungsgerechtigkeit	Reduktion der Ungleichheit	Leistungsprinzip legitimiert begrenzte Einkommensunterschiede
WFST FPÖ	1973	2005
Sozialsystem	Staatliche Mindestsicherung ergänzt durch private Vorsorge	Staatliche Sicherung als Ergänzung zur privaten Vorsorge
Verteilungsgerechtigkeit	Einkommensdifferenzierung als Anreiz zur Leistungssteigerung	Einkommensdifferenzierung als Anreiz zur Leistungssteigerung
WFST Grüne	1986	2001
Sozialsystem	Staatliches Grundeinkommen	Staatliches Grundeinkommen
Verteilungsgerechtigkeit	Reduktion der Ungleichheit	Verteilung gesellschaftlichen Reichtums

Tabelle 3 Zusammenfassung der programmatischen Inhalte (Quelle: Eigene Darstellung).

Aus dieser Übersicht geht hervor, dass insbesondere die Programmatiken von SPÖ und FPÖ einen diskontinuierlichen Verlauf aufweisen. Während beide Parteien in ihren früheren Schriften der selbstregulierenden Marktwirtschaft skeptisch beziehungsweise stark ablehnend gegenüberstanden, zeichnen sich ihre aktuellen Versionen durch eine deutlich marktfreundlichere Grundhaltung aus. Überhaupt übernahmen alle Parteien das neoliberale Postulat vom Wettbewerbsmarkt als die effizienteste Koordinationsinstanz für ökonomische Aktivitäten, obgleich SPÖ und Grüne weiterhin der Vorstellung der Grenzenlosigkeit marktwirtschaftlicher Mechanismen eine Absage erteilen.

Verbunden mit dieser optimistischeren Grundhaltung, änderte sich auch der Fokus der wirtschaftspolitischen Ausrichtung. Wiederum am Anschaulichsten bei SPÖ und FPÖ erkennbar, wurden keynesianisch angelehnte Konzepte zur Planung und Steuerung marktwirtschaftlicher Abläufe zugunsten einer stärker ordnungstheoretischen beziehungsweise angebotsorientierten Wirtschaftspolitik ersetzt.

Auch bezüglich der wohlfahrtsstaatlichen Ausgestaltung ist eine gewisse neoliberale Handschrift wahrzunehmen. Klammert man die Grünen aus, wird bei allen anderen Fraktionen die Koppelung des Leistungsprinzips mit der Einkommenshöhe als Legitimation für Ungleichheiten herangezogen. Insbesondere ÖVP und FPÖ, die von der Notwendigkeit einer verstärkten Einkommensdifferenzierung im Rahmen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs sprechen, stehen dabei in der Tradition von Hayek, welcher vor den Gefahren einer zunehmenden Verteilung nach sozialen Kriterien warnte (Wohlfahrtsstaatspolitik).

Konträre Entwicklungen ergaben sich beim Menschenbild. ÖVP und FPÖ sahen die menschliche Selbstverwirklichung zunächst am besten durch Leistungsanreize und

Abwesenheit von (staatlichen) Zwängen erreicht. In Analogie zur neoliberalen Sichtweise wurde hierbei das autonom handelnde Individuum in den Vordergrund gestellt. In den aktuellen Programmatiken fand allerdings keine Bekräftigung, sondern eine Abschwächung dieser Sichtweise, in Form einer erweiterten Verantwortlichkeit des Individuums statt. Der gesellschaftlichen Bedeutung wird wider den Individualisierungstendenzen des Neoliberalismus eine stärkere Gewichtung zugesprochen.

Parteiprogrammatische Veränderungen können – wie dieses Beispiel zeigt – somit nicht alleinig auf den neoliberalen Aufstieg in den 1970er Jahren zurückgeführt werden. So pries die ÖVP bereits vor dem „neoliberalen turn“ die positiven Auswirkungen der Marktkräfte auf Wirtschaft und Gesellschaft an. Damit einhergehend ist auch die Kontinuität ihrer ordoliberalen Wirtschaftsausrichtung zum Zwecke der Wettbewerbssicherung.

Die zu Beginn dieses Kapitels getroffene Schlussfolgerung einer hegemonialen Deutungshoheit des Neoliberalismus ist um folgende Punkte zu präzisieren:

- ✓ Programmatische Angleichung insbesondere bei den Dimensionen „Marktbild“ (Markt als effizientestes Steuerungsorgan für wirtschaftliche Aktivitäten) und „Wettbewerb- und Wirtschaftspolitik“ (strukturelle Ordnungspolitik des Staates vor allem zur Wettbewerbssicherung) erkennbar
- ✓ Gegenläufige Ergebnisse bei der Dimension „Menschenbild“ (stärkere Betonung der Gemeinorientierung)
- ✓ Größte inhaltliche Diskontinuität bei Sozialdemokraten und Freiheitlichen, weil stärkere Annäherung an neoliberale Postulate, größte Kontinuität in der Volkspartei, weil bereits vorab von marktliberalen Positionen überzeugt
- ✓ Programmatische Veränderungen nicht allein durch Neoliberalismus kausal verursacht

Ein Grund für den besonders ausgeprägten Wandel in der Einstellung zur kapitalistischen Marktwirtschaft ist zum einen in der fehlenden Systemalternative in Folge der Auflösung der UdSSR auszumachen. Das offensichtliche Scheitern der planwirtschaftlichen Konzeption stärkte das Vertrauen in die Marktwirtschaft als das alternativlos beste Modell zur Koordination wirtschaftlicher Aktivitäten.¹² Eine zweite Erklärung für die weitgehende Akzeptierung des neoliberalen Marktverständnisses liegt in der Stärke der Neoklassik, die sich im Zuge des „neoliberalen Turns“ zum dominierenden Paradigma in der Ökonomie entwickelte und gegenwärtig über eine starke institutionelle Verankerung im akademischen Bereich verfügt. Ihre Postulate vom Markt als effizienteste Form der Ressourcenverteilung (Vgl. Robbins 1932), dienten dem Neoliberalismus nicht nur zur theoretischen Fundierung (einiger) seiner Ideologien. Neoklassisch geprägte Ökonomen wirken darüber hinaus auch in Form von Expertenmeinungen und Politikberatungen auf gesellschaftliche Debatten ein.

Abschließend soll nochmals die eingangs erwähnte Ergebnistragweite ins Bewusstsein gerufen werden. Neben der langfristigen Leitlinienvorgabe als primäre Direktivfunktion von Parteiprogrammen und der damit verbundenen eingeschränkten Relevanz auf tagespolitische Entscheidungen, ist ob des gewählten Untersuchungsrahmens auch eine internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse erschwert.

¹² Wirtschaftssysteme, deren Leistungserstellung hauptsächlich vom öffentlichen Sektor erbracht wird, werden mit dem Argument der Ineffizienz mittels Privatisierungskonzepten sukzessive dem Markt geöffnet. Die – bereits im Theorieteil angesprochene – Redefinition der Staatstätigkeit im Sinne der Durchsetzung der Marktgesellschaft geht dann meist mit einem Rückzug des Staates einher.

Literaturverzeichnis

- Butterwegge, Christoph/ Lösch, Bettina/ Ptak, Ralf (2008): Kritik des Neoliberalismus. 2., verbesserte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Clement, Reiner/ Terlau, Wiltrud/ Kiy, Manfred (2012): Angewandte Makroökonomie. Makroökonomie, Wirtschaftspolitik und nachhaltige Entwicklung mit Fallbeispielen. 5., vollständig überarbeitete Auflage. Verlag Franz Vahlen, München.
- Cockett, Richard (1995): Thinking the Unthinkable: Think Tanks and the Economic Counter-Revolution 1931-1983. Harper Collins Publishers, London.
- Crouch, Colin (2013): Jenseits des Neoliberalismus. Ein Plädoyer für soziale Gerechtigkeit. Passagen Verlag, Wien.
- Die Grünen (1986): Grüne Alternativen für ein neues Österreich. Offenes Kurzprogramm. Wien.
- Die Grünen (2001): Grundsatzprogramm der Grünen. Linz.
- Flechthelm, Ossip K. (1973): Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland. Hoffman und Campe Verlag, Hamburg.
- Flohr, Heiner. (1968): Parteiprogramme in der Demokratie. Ein Beitrag zur Theorie der rationalen Politik. Verlag Otto Schwartz & Co, Göttingen.
- Freiheitliche Partei Österreich (1973): Freiheitliches Manifest zur Gesellschaftspolitik.
- Freiheitliche Partei Österreich (2005): Das Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Mit Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen vom 27. Ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ am 23.4.2005 in Salzburg.
- Friedman, Milton (1970): The Counter-Revolution in Monetary Theory. First Wincott Memorial Lecture. IEA Occasional Paper Nr.33, London.
- Fukuyama, Francis (1992): The End Of History and the Last Man. Macmillan, New York.
- Gellner, Winand (1995): Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit. Think Tanks in den USA und in Deutschland. Springer Fachmedien, Wiesbaden.
- Hartwich, Oliver Marc (2009): Neoliberalism: The Genesis of a Political Swearword CIS Occasional Paper 114. Centre for Independent Studies (CIS), St Leonards.
- Hayek, Friedrich August (1949): The Intellectuals and Socialism. In: ders., The Collected Works of F. A. Hayek, vol. X: Socialism and War. Essays, Documents, Reviews. Hrsg.: Bruce Caldwell. London 1997 (S. 221-237).
- Hayek, Friedrich August (1968): Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. In: Internationales Institut „Österreichische Schule der Nationalökonomie“ (Hrsg.): Die Österreichische Schule der Nationalökonomie. Texte Band II von Hayek bis White. Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien (S.119-137).
- Hayek, Friedrich August (1979): Wissenschaft und Sozialismus. Mohr Siebeck, Tübingen.
- Hayek, Friedrich August (1980): Recht, Gesetzgebung und Freiheit. 3. Band, München.
- Hesse, Jan-Otmar (2013): Wirtschaftsgeschichte. Entstehung und Wandel der modernen Wirtschaft. Campus Verlag, Frankfurt am Main.
- Heuser, Uwe Jean (2003): Neoliberalismus. Ein Gespenst geht um in Deutschland. In: Merkur 57.Jahrgang, H. 9-10/2003. (S.800-806).
- Kapeller, Jakob/ Huber, Jakob (2009): Politische Paradigmata und neoliberale Einflüsse am Beispiel von vier sozialdemokratischen Parteien in Europa, In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 38.Jahrgang. H.2, Linz (S.163-192).
- Keynes, John Maynard (1936 [1964]): The General Theory of Employment, Interest and Money. New York.
- Lacina, Ferdinand (1993): Austro-Keynesianismus. In: Weber, Fritz/ Venus, Theodor (Hrsg.): Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis. Dachs Verlag, Wien (S.15-20).
- Marx, Karl/ Engels, Friedrich (1848): Manifest der Kommunistischen Partei. Office der „Bildungs-Gesellschaft für Arbeiter“, London.

- Marx, Karl (1857/58 [1974]): Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf). 2. Auflage. Dietz Verlag, Berlin.
- Marx, Karl (1859 [1974]): Zur Kritik der Politischen Ökonomie. 9. Auflage. Dietz Verlag, Berlin.
- Mayring, Philipp (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Technik. Deutscher Studienverlag, Weinheim.
- Mirowski, Philip (2013): Never Let a Serious Crisis go to Waste. How Neoliberalism Survived the Financial Meltdown. Verso, London/ New York.
- Mirowski, Philip (2014): The Political Movement that Dared not Speak its Own Name. Working paper No 23, Institut for New Economic Thinking.
- Mises, Ludwig (1922): Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus. Verlag Gustav Fischer, Jena.
- Nash, George H. (1976): The Conservative Intellectual Movement in America. Since 1945. Basic Books, New York.
- Nordmann, Jürgen (2005): Der lange Marsch zum Neoliberalismus. Vom Roten Wien zum freien Markt – Popper und Hayek im Diskurs. VSA- Verlag, Hamburg.
- Österreichische Volkspartei (1972): Salzburger Programm. Das Grundsatzprogramm der ÖVP. Vereinigung für politische Bildung – Politische Akademie der ÖVP. Wien.
- Österreichische Volkspartei (1995): Das Grundsatzprogramm der ÖVP. Unser Selbstverständnis. Unsere Positionen. Wien.
- Ötsch, Walter Otto (2009): Mythos Markt. Marktradikale Propaganda und ökonomische Theorie. Metropolis-Verlag, Marburg.
- Plehwe, Dieter/ Walpen, Bernhard (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pélerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung. In: PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. 29.Jahrgang, H.115, Nr.2. (S.203-235).
- Robbins, Lionel (1932): An Essay on the Nature and Significance of Economic Science. MacMillan, London.
- Rüstow, Alexander (1932): Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Liberalismus. In: Boese, Franz (Hrsg.): Deutschland und die Weltkrise. Schriften des Vereins für Socialpolitik. Bd. 187, Dresden (S.62-69).
- Saad-Filho, Alfredo/ Johnston, Deborah (2005): Neoliberalism. A Critical Reader. Pluto Press, London.
- Schmelzer, Matthias (2010): Freiheit für Wechselkurse und Kapital. Die Ursprünge neoliberaler Wirtschaftspolitik und die Mont Pélerin Society. Metropolis Verlag, Marburg.
- Seidel, Hans (1993): Austro-Keynesianismus – revisited. In: Weber, Fritz/ Venus, Theodor (Hrsg.): Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis. Dachs Verlag, Wien (S.145-149).
- Siedschlag, Alexander (1997): Neorealismus, Neoliberalismus und postinternationale Politik. Springer Verlag, Wiesbaden.
- Sozialdemokratische Partei Österreich (1978): Das neue Parteiprogramm. Wien.
- Sozialdemokratische Partei Österreich (1998): Das Grundsatzprogramm. Wiener Neustadt.
- Walpen, Bernhard (2000): Von Igeln und Hasen oder: Ein Blick auf den Neoliberalismus. In: UTOPIE kreativ, Heft 121/122 (S.1066-1079).
- Williamson, John (1993): Democracy and the „Washington Consensus“. In: World Development Vol. 21, No.8. (S.1329-1336).
- Willke, Gerhard (2003): Neoliberalismus. Campus Verlag, Frankfurt am Main.
- Young, Brigitte (2014): Ordoliberalismus – Neoliberalismus – Laissez-faire-Liberalismus. In: Wullweber, Joscha; Graf, Antonia; Behrens, Maria: Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie. Springer Verlag, Wiesbaden (S. 33-48).